

## **Redeentwurf für Herrn Staatssekretär Krämer**

### **Runder Tisch der hessischen Lesben- und Schwulengruppen am 06.06.03**

Ich begrüße Sie alle recht herzlich im Hessischen Sozialministerium. Ich bin seit April Staatssekretär in diesem Haus und freue mich, heute bei Ihnen zu sein.

Es ist inzwischen eine gute Tradition, dass der Sozialstaatssekretär ab und zu an den Runden Tischen teilnimmt. Ich bin interessiert, mir Ihre Fragen und Anregungen anzuhören und mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich hatte bereits Gelegenheit, die Referats-Mitarbeiter und die Beraterinnen und Berater kennen zu lernen und mir einen Eindruck über die geleistete Arbeit zu verschaffen.

Ebenso wie mein Vorgänger Karl-Winfried Seif sehe ich in den Runden Tischen eine Chance des Dialogs zwischen dem Ministerium und Ihnen. Denn immer noch ist die Alltagsrealität von Lesben und Schwulen in etlichen Bereichen von Vorurteilen, Ressentiments, sozialer Ausgrenzung und rechtlicher Ungleichbehandlung geprägt. Dies ist eine Tatsache, die Politik und Gesellschaft gleichermaßen zum Handeln auffordert.

Für die Landesregierung ist das Thema keine ideologische Frage. Wir betreiben keine Symbolpolitik; vielmehr wollen wir dort Diskriminierungen abbauen, wo sie in Ihrem Leben eine Rolle spielen. Dies gilt für homosexuelle Jugendliche genauso wie für ältere Homosexuelle, im Bereich des alltäglichen Lebens ebenso wie in der Arbeitswelt und aufgrund von Mehrfachdiskriminierungen in verschärftem Maße für Homosexuelle mit Behinderungen, homosexuelle Frauen und Zuwanderer.

Anrede,

Frau Ministerin Lautenschläger hat im letzten Frühjahr u.a. die Bereiche: Jugend, Diversity und Alter zu den Schwerpunkten der Arbeit des Referats erklärt.

Im Schwerpunkt „Jugend“ ist die Broschüre für Eltern homosexueller Jugendliche fertiggestellt worden und wird in allernächster Zeit erscheinen. Sie wird mit der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, dem Hessischen Philologenverband, dem Landeselternbeirat, dem Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von Homosexuellen, von ProFamilia, dem Hessischen Jugendring und der Jugendgruppe Our Generation herausgegeben. Das ist eine bemerkenswerte Zusammenarbeit, die meines Erachtens den Kurs der Landesregierung, dass es auf die Lösung tatsächlicher Probleme und keine ideologischen Kämpfe ankommt, ganz deutlich bestätigt.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe zwischen Sozial- und Kultusministerium wird demnächst eingerichtet und soll auf die besondere Situation von homosexuellen Schülerinnen und Schülern reagieren. Darüber hinaus wurde ein Schulprojekt in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Frankfurt initiiert. Außerdem gibt es Überlegungen für ein Betreutes Jugendwohnen, die weitergeführt werden müssen.

Wie schon erwähnt, sind wir sehr daran interessiert, dem Thema „Homosexualität im Alter“ einen besonderen Platz einzuräumen. Hierzu hat dieses Ministerium ja bereits verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Derzeit gibt es im Übrigen, wie Sie sicherlich wissen, in Frankfurt interessante Aktivitäten zur Gründung eines Altenpflegeheims.

Zum Thema „Diversity – Politik der Verschiedenheit“, das ja nicht allein ein schwul-lesbisches Thema ist, fand vor kurzem, am 25. April, hier im Sozialministerium ein Fachtag statt. Ziel von Diversity ist die angstfreie Integration und Akzeptanz von Menschen unterschiedlicher Eigenschaften in Unternehmen oder in Einrichtungen und das Einsetzen der mit den Eigenschaften verbundenen Potentiale für die Arbeit der Einrichtung oder des Unternehmens. Die Personalführungen und die Politik müssen unter der Geltung des Diversity-Prinzips künftig positiv darauf hinwirken, dass in der eigenen Arbeit niemand wegen Herkunft/Ethnie, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung und Geschlecht diskriminiert wird. Der Diversity-Ansatz ist am weitesten bei Konzernen wie der Deutschen Bank oder Ford entwickelt, und ich bin der Meinung, dass dieser bisher überwiegend im Bereich der Arbeitswelt diskutierte Ansatz auch im sozialen Bereich und namentlich in Non-Profit-Organisationen Einzug halten sollte. Der Umgang mit Verschiedenheit (Managing Diversity) setzt die bewusste Entscheidung voraus, Verschiedenheiten wahrzunehmen, sie anzuerkennen und als gleichwertig und gleichrangig zu akzeptieren. Mit diesem Thema werden wir uns in der Hessischen Landesregierung auch weiterhin befassen.

Ergänzend möchte ich Ihnen mitteilen, dass mein Ministerium die Federführung zur Umsetzung der Europäischen Richtlinie 2000/78 zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf ins Hessische Landesrecht übernommen hat.

Herr Seif hatte Ihnen auf einem der letzten Runden Tische einen Maßnahmenkatalog vorgestellt, der inzwischen schon weitgehend abgearbeitet ist. Das und auch die von der Ministerin festgelegten Schwerpunkte machen eine Weiterentwicklung dieses Arbeitsprogramms notwendig. Ihre Hinweise dazu waren und sind für uns wertvoll und wichtig. Sie sind eingeladen, uns und den anderen Ministerien Ihre Fragen und Anregungen weiterzugeben.

Auch wenn wir nun gesetzliche Regelungen gegen Diskriminierung auf den Weg bringen wollen: eine fundierte Antidiskriminierungspolitik kann nicht allein per gesetzlicher Regelung oder Verordnung funktionieren. Sie muss versuchen, auch auf andere Weise in den gesellschaftlichen Raum hinein zu wirken. Die Landesregierung setzt dabei auf das freiwillige soziale und politische Engagement, das die Arbeit der Gruppen und Initiativen in diesem Bereich, also von Ihnen, kennzeichnet. Diese zumeist ehrenamtliche Tätigkeit mit ihren vielseitigen Facetten gestaltet unsere Gesellschaft maßgeblich mit und trägt dazu bei, eine aktive Bürgergesellschaft zu verwirklichen, in der die Bürgerinnen und Bürger nicht allein auf staatliches Handeln vertrauen, sondern selbst Initiative zeigen. Auch das gehört zu meinem Job: Ihnen für Ihr Engagement zu danken. Sie wissen, dass wir angesichts der Haushaltslage nicht jedes Projekt, das wir gut finden, fördern konnten und können. Das soll Sie aber nicht daran hindern, bei uns im Bedarfsfall um Unterstützung anzufragen. Ich weiß, dass ein Ehrenamt eine schöne, aber oft auch frustrierende Angelegenheit ist. Oft fehlt die Anerkennung von außen. Das Land Hessen trägt auf vielfache Weise zur Anerkennung des Ehrenamtes bei. Lesben und Schwule kommen da wegen ihres „primärmotivierten“ Ansatzes noch selten vor. Es ist mir jedoch ein Anliegen, dass sich dies ändert. Dieser Bereich des Ehrenamts soll genauso gewürdigt werden wie andere Bereiche. Schlagen Sie also geeignete Personen ruhig vor, oftmals sind sie der zuständigen Stelle in der Landesregierung einfach unbekannt.

Eine Frage, die sicherlich einige von Ihnen haben werden, habe ich bislang ausgeklammert. Sie wissen, dass ich Bürgermeister in Oberursel war und es auch in der Presse eine sehr unschöne Debatte um die Eintragungen von Lebenspartnerschaften auf dem Standesamt gab. Mir wurde damals im Wahlkampf vorgeworfen, etwas gegen Lesben und Schwule zu haben. Ich denke, da wurde eine Sachentscheidung mit meiner Einstellung verwechselt. Mir war es wichtig, die Unterschiede zwischen Lebenspartnerschaft und Ehe zu betonen.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht Artikel 6 des Grundgesetzes neu interpretiert hat, haben wir hier eine andere Klarheit. Ich möchte doch aber auch nochmals rückblickend sagen, dass ich es problematisch finde, wenn gesagt wird: wer gegen die Lebenspartnerschaft ist, ist gegen Lesben und Schwule. Sie werden in mir einen Gesprächspartner finden, der Ihnen zuhört, und wo mich Punkte überzeugen auch auf Veränderungen hinwirken wird.

Anrede,

so, jetzt habe ich doch recht vieles gesagt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und jetzt auf Fragen oder Anregungen. Vielen Dank.